

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler
Johannes-Rau-Platz 1 - 52249 Eschweiler

An
Stadt Eschweiler
Herrn Bürgermeister
Patrick Nowicki

SPD-Fraktion im Rat der Stadt
Eschweiler
Johannes-Rau-Platz 1
52249 Eschweiler

Ausschließlich per E-Mail

Eschweiler, 21.01.2026

Antrag: OGS-Beiträge und Bericht über OGS-Rechtsanspruch

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Offene Ganztagschule (OGS) ist ein zentraler Baustein moderner Bildungs- und Familienpolitik. Sie ermöglicht Kindern verlässliche Bildungs-, Förder- und Freizeitangebote über den Unterricht hinaus und ist für viele Familien Voraussetzung dafür, Beruf und Familie miteinander vereinbaren zu können. Gerade in einer Stadt wie Eschweiler leistet die OGS damit einen wichtigen Beitrag zu Bildungsgerechtigkeit und sozialer Teilhabe.

Ausdrücklich wertschätzen wir dabei die engagierte Arbeit der freien Träger und der dort tätigen Fachkräfte, die täglich mit großem Einsatz die Betreuung und Förderung der Kinder sicherstellen. Ohne diese Arbeit wäre die Umsetzung des OGS-Angebots – insbesondere mit Blick auf den kommenden Rechtsanspruch – nicht denkbar.

Vor diesem Hintergrund wenden wir uns mit zwei Anliegen an Sie:

1. Wohlwollender Umgang mit aktuellen OGS-Nachforderungen

Infolge der Neustrukturierung der OGS-Beitragstabelle – insbesondere durch den Wegfall der untersten Einkommensstufe und die Einführung einer zusätzlichen Einkommensstufe bei hohem Einkommen – ist es bei einigen Familien zu Nachberechnungen gekommen. Diese Familien haben nun Mitte Januar entsprechende Änderungs- und Nachforderungsbescheide erhalten. Der Januar ist für viele Haushalte erfahrungsgemäß finanziell besonders belastend. Hinzu kommt, dass bei Familien mit Wohneigentum bereits im Februar die Grundbesitzabgaben fällig werden, für die jetzt ebenfalls die Bescheide ergangen sind. Vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung ausdrücklich darum, bei möglichen Zahlungsschwierigkeiten im Zusammenhang mit den OGS-Beiträgen wohlwollend zu verfahren und betroffenen Familien unbürokratisch Fristverlängerungen oder geeignete Zahlungsmodalitäten einzuräumen, sofern eine sofortige Begleichung der Nachforderung nicht möglich ist. Kinderbetreuung und Bildung darf für Familien in Eschweiler keine erdrückende Belastung sein.

2. Bericht zum OGS-Rechtsanspruch im nächsten Ausschuss für Schule und Sport

Ab dem 01.08.2026 gilt der erste Schritt der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen OGS-Platz.

Dieser Rechtsanspruch gilt stufenweise: Ab 1. August 2026: für Kinder der 1. Klasse, ab 1. August 2027: zusätzlich für Kinder der 2. Klassen, ab 1. August 2028: zusätzlich für Kinder der 3. Klassen, ab 1. August 2029: für alle Grundschulkinder (Klassen 1–4). Die Kommunen sind verantwortlich für die Bereitstellung ausreichender Betreuungsplätze und die Sicherstellung geeigneter Räumlichkeiten.

Mit Blick auf den schrittweisen Einstieg in den Rechtsanspruch auf OGS-Betreuung bitten wir die Verwaltung, im nächsten Ausschuss für Schule und Sport einen Bericht über die Vorbereitung dieses Rechtsanspruchs in Eschweiler vorzulegen. Insbesondere bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

- Reichen die vorhandenen OGS-Plätze aktuell aus, um die Nachfrage aus dem OGS-Rechtsanspruch zu decken?
- Ist es bisher zu Abweisungen von Kindern gekommen?
- Welche Herausforderungen und Handlungsbedarfe sieht die Verwaltung für die kommenden Jahre?

Ein transparenter Überblick über die aktuelle Situation ist aus unserer Sicht wichtig, um frühzeitig steuernd eingreifen und gemeinsam tragfähige Lösungen für Familien, Schulen, Träger und Verwaltung entwickeln zu können. Die Situation bei Anmeldungen und Bedarf nach OGS-Plätzen wird sich sicherlich rund um den Wechsel des nächsten Schuljahres nochmals ändern und möglicherweise verschärfen. Aus diesem Grunde wollen wir schon jetzt erörtern, ob politischer Handlungsbedarf besteht und werden die Anfrage nach einem Sachstandsbericht im neuen Schuljahr erneut stellen.

Mit freundlichen Grüßen
Eschweiler, den 21.01.2026



Aaron Möller
Fraktionsvorsitzender